

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Gladiator, Joachim Lenders, Karl-Heinz Warnholz,
Richard Seelmaecker, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Hamburgs Straßen und Plätze vor Anschlägen mit Kraftfahrzeugen
sichern**

Bei dem Terroranschlag im Zentrum von Barcelona, bei dem ein Lieferwagen am 17. August 2017 in eine Menschenmenge auf der Touristenmeile Las Ramblas gerast ist, hat es mindestens 13 Tote und mehr als hundert Verletzte gegeben. Bereits bei den Anschlägen zuvor in Nizza, Berlin, London und Stockholm wurden Lastwagen gezielt als Waffe eingesetzt.

In Spanien hätte das Ausmaß des Terrors möglicherweise deutlich verringert werden können: Einem Bericht von „SPIEGEL ONLINE“ zufolge empfahl das Innenministerium der Stadtverwaltung im vergangenen Jahr, den Fußweg entlang der 1,2 Kilometer langen Las Ramblas mit Straßenpollern abzusichern, doch die setzte auf Polizeipatrouillen. (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/anschlag-in-barcelona-innenministerium-riet-zur-aufstellung-von-pollern-a-1163502.html>).

Auch wenn es keine 100-prozentige Sicherheit geben kann, da, wie kürzlich bei der tragischen Messer-Attacke in Barmbek geschehen, unvorhergesehene Orte ins Visier von islamistischen Attentätern geraten können, müssen die Sicherheitsbehörden alles tun, um die Gefahr terroristischer Anschläge zu minimieren. Es reicht nicht aus, nach Anschlägen anzukündigen, man werde alles tun, um die Bürger zu schützen, es muss auch getan werden. Dazu gehört auch die Sicherung strategischer Punkte, beispielsweise des Rathausmarkts oder der Spitalerstraße, mit festen Schutzvorkehrungen wie versenkbaren Straßenpollern. Die Möglichkeit zum Versenken der Straßenpoller ist im Hinblick auf etwaige Feuerwehreinsätze erforderlich.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. zu prüfen, welche Straßen und Plätze in Hamburg, die aufgrund ihrer Bedeutung oder ihrer Lage vornehmlich das Ziel von terroristischen Anschlägen sein könnten, mit welchen festen Schutzvorkehrungen, wie versenkbaren Straßenpollern, ausgestattet werden können,
2. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2017 zu berichten.